

DIE FACHZEITSCHRIFT DER WALLISER KMU

WGV im FOKÜS

sgv  usam
SEKTION WALLIS



Spezialausgabe
OS Sion 2026

KANDIDATUR VON SITTEN ZUR WINTEROLYMPIADE 2026

**Frédéric Favre sagt uns
alles über das DOSSIER**

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN VOM 4. MÄRZ 2018

NEIN zu «No Billag», aber...

AGENDA

FEBRUAR 2018

- 19 Generalversammlung
Physiovalais-wallis
20-25 Your Challenge

MÄRS 2018

- 4 Eidg. Volksabstimmungen
5-9 Grossratssession
9 Generalversammlung tec-bat

APRIL 2018

- 11 Generalversammlung WBKCMV
13 Generalversammlung WVEI
16 WGV Rat
27 Generalversammlung WMGV
26-29 Prim'Vert

MAI 2018

- 4 Generalversammlung Metaltec
14-18 Grossratssession
24-27 Passion Nature

JUNI 2018

- 6 Generalversammlung AGVS
8 Generalversammlung WBV
10 Eidg. Volksabstimmungen
12-15 Grossratssession
26 WGV Rat im Champéry

AUGUST 2018

- 30 WW '18 - Walliser Wirtschaftstreffen

SEPTEMBER 2018

- 11-14 Grossratssession
20 WGV Rat im Berne
23 Eidg. Volksabstimmungen

OKTOBER 2018

- 25 WGV Kongress

NOVEMBER 2018

- 13-16 Grossratssession
25 Eidg. Volksabstimmungen

DEZEMBER 2018

- 7 WGV Rat
11-14 Grossratssession

IMPRESSUM

Herausgeber: Walliser Gewerbeverband

Rue de la Dent-Blanche 8 - 1950 Sitten

Periodizität: vierteljährlich Abonnement: Fr. 25.– pro Jahr

GENERALSEKRETARIAT

Marcel Delasoie - Generalsekretär

T 027 322 43 85 - D 027 322 43 82 - F 027 322 24 84

marcel.delasoie@uvam-vs.ch

GESTALTUNG - REDAKTION - WERBUNG

Xavier Saillen - WGV im Fokus

T 027 322 43 85 - D 027 322 43 86 - F 027 322 24 84

tribune@uvam-vs.ch

EDITION - ADMINISTRATION

Romy Hintz - Adjunktin des Generalsekretärs

T 027 322 43 85 - D 027 322 43 84 - F 027 322 24 84

romy.hintz@uvam-vs.ch

www.uvam-vs.ch

Das Vervielfältigen von Texten, Textauszügen und Illustrationen ist nur mit der Genehmigung der Redaktion und unter Angabe der Quelle gestattet.

PUBLICITÉ

**Drucksachen bei Mengis produzieren
und von Zusatzleistungen in der
Werbung profitieren.**

Tel. 027 948 30 30

INHALT

Abstimmungen vom 4. März 2018

■ JA zur neuen Finanzordnung	4-5
2021	
■ Initiative «No Billag»	
NEIN zum Angriff auf	
die Schweizer Medienvielfalt	6-7
■ Initiative «No Billag»	
NEIN zum Abenteuer, aber ja	
zu einem neuen leistungsfähigen	
Service Public	8

Sion 2026

■ Interview mit Frédéric Favre	
„Das Wallis möchte die ERSTE	
Winterolympiade einer neuen	
Zeit ausrichten“	9-17

Wirtschaft

■ Neuerungen im Schweizer	
Zahlungsverkehr	18-19



Der 50-Jährige Winterthurer ist Präsident von Swiss Olympic, war 2017 Präsident des Nationalrates und seit vergangenem Dezember präsidiert er das Kandidaturkomitee „Sion 2026“



Union valaisanne des arts et métiers
Walliser Gewerbeverband

PME Valais · KMU Wallis

WALLISER Spirit, Schweizer Spirit!

Von Jürg Stahl

Präsident Kandidatur
„Sion 2026“



empfangen zu können. Ebenso wichtig wie die vier Wochen Olympische und Paralympische Wettkämpfe ist jedoch, dass wir einen Teppich ausrollen können, um in den kommenden Jahren vieles entstehen zu lassen! Was wir daraus machen, liegt an uns, an unseren KMUs und Unternehmen, an den Vereinen und Organisationen, an den Schulen und Institutionen – Olympische Spiele können viele Ideen, Projekte und Träume auslösen. Es liegt an uns allen, und ich weiß, dass wir das können! Gerade das sportbegeisterte Wallis mit den grossen Traditionen, mit so vielen ehrenamtlich tätigen Mitgliedern in verschiedensten Vereinen darf doch beweisen, dass wir den Esprit in uns haben, um gemeinsam Spiele zu realisieren. Unser Land hat das riesige Glück, dass es in der Vergangenheit auf Pioniere zählen konnte, die den Mut gehabt haben etwas Grosses zu wagen, um den nächsten Generationen ein positives Vermächtnis zu hinterlassen.

Sei es mit dem Bau von Dämmen, der Erschliessung von Berggebieten oder der Erfindung neuer Technologien. Jetzt ist es an uns, diesen Pioniergeist weiterzuleben.

Gegen etwas Grosses zu sein und Dinge zu verhindern ist einfacher, als voran zu gehen und gemeinsam etwas zu realisieren. 98 Jahre nach dem die Schweiz zum ersten Mal Olympische und Winterspiele durchgeführt hat, haben es künftige Generationen, wie auch die Generationen die zur heutigen Schweiz beigetragen haben, verdient, dass sich Menschen wie Sie und ich mit grossem Respekt und noch grösserer Leidenschaft für „Sion2026“ einsetzen. Für Ihren Einsatz und Ihre Unterstützung danke ich Ihnen von Herzen. Sie können auf die Schweizer Sportfamilie und auf mich zählen – ich zähle auf Sie! ■

Als ich als Vierjähriger mit meinen Eltern zum Empfang der Sapporo-Olympiadelegation am Flughafen in Zürich mitgehen durfte, konnte ich noch nicht ahnen, dass ich über vier Jahrzehnte später diese Zeilen an Sie – liebe Walliserinnen und Walliser – schreibe. Eines ist aber gleich geblie-

Gegen etwas Grosses zu sein und Dinge zu verhindern ist einfacher, als voran zu gehen und gemeinsam etwas zu realisieren.

ben; Olympische Spiele bewegen emotional und gesellschaftlich! Aktuell, wenn die Walliser Athleten und das gesamte Schweizer Team im fernen Südkorea um Medaillen kämpfen. In der Erinnerung an die Erfolge von Bernhard Russi, Roland Collombin, Marie-Theres Nadig, den Geschwister Zurbiggen, Chantal Bournissen, Stéphane Lambiel, Didier Défago und so vielen weiteren. Bei den Annäherungsgesprächen – ausgelöst durch die Olympischen Spiele – zwischen den getrennten Koreanern, aber auch in der aktuellen Diskussion über unsere Kandidatur zur Durchführung von Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2026 in unserem wunderbaren Land, in einer herrlichen Region! Und im Herzen dieser Region liegt der sportbegeisterte Kanton Wallis.

Am Anfang steht der wegweisende Entscheid der Walliser Stimmbevölkerung am 10. Juni. Mit einem „JA“ können wir gemeinsam die Voraussetzungen schaffen, um im Winter 2026 stolze Gastgeber zu sein und die Sportwelt bei uns

JA zur neuen Finanzordnung 2021

Entstehung der Finanzordnung und der Befristung von MWST und DBST

Vor dem Ersten Weltkrieg erzielte der Bund seine Einnahmen fast ausschliesslich durch Zölle. Die erste direkte Steuer auf Bundesebene war die Kriegssteuer im Ersten Weltkrieg. Sie wurde in der Volksabstimmung vom 6. Juni 1915 mit grossem Mehr angenommen und einmalig erhoben (1916/1917).

In der Folge wurden wiederholt direkte Steuern erhoben, um die steigenden Bundes- ausgaben zu finanzieren, so die ausserordentliche Kriegssteuer (1921–1932) und die eidgenössische Krisenabgabe (ab 1934).

Die erste Finanzordnung wurde vom Parlament am 30. September 1938 beschlossen. Im Jahr 1940 führte der Bundesrat, auf Basis der ihm erteilten ausserordentlichen Vollmachten, die Wehrsteuer ein und 1941 die Warenumsatzsteuer. Die Wehrsteuer und die Warenumsatzsteuer wurden auch nach dem Zweiten Weltkrieg erhoben.

Erst in der Volksabstimmung vom 11. Mai 1958 gelang es, die verschiedenen Ein- nahmequellen des Bundes, die ursprünglich auf Notrecht beruhten, in der Verfassung zu verankern. Um diese verfassungsrechtliche Finanzordnung war seit dem Ersten Weltkrieg gerungen worden.

Angesichts der starken Widerstände gegen eine Aufhebung der Befristung der Wehrsteuer und der Warenumsatzsteuer wurde die Kompetenz zur Erhebung der Warenumsatzsteuer und der Wehrsteuer befristet und durch Höchstsätze begrenzt. Am 1. Januar 1959 trat die Finanzordnung in Kraft.

Im Jahr 1982 wurde die Wehrsteuer in DBST umbenannt. 1995 wurde die Waren- umsatzsteuer durch die MWST abgelöst.

UVAM

Mit der neuen Finanzordnung 2021 (NFO 2021) soll die bis 2020 befristete Kompetenz des Bundes zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehr- wertsteuer um 15 Jahre verlängert werden. Die beiden Steuern sind die Haupteinnahmequellen des Bundes und machen zusammen über 60 Prozent der Bundes- einnahmen aus. Sie sind deshalb für den Bundeshaushalt und die damit finanzierten Aufgaben des Bundes zentral. Daneben soll eine hinfällig gewordene Übergangsbestimmung zur Biersteuer gestrichen werden.

Dem Bund sind bei der Besteuerung Grenzen gesetzt, da er nur diejenigen Steuern erheben darf, zu welchen ihn die BV ausdrücklich ermächtigt.

Ausgangslage

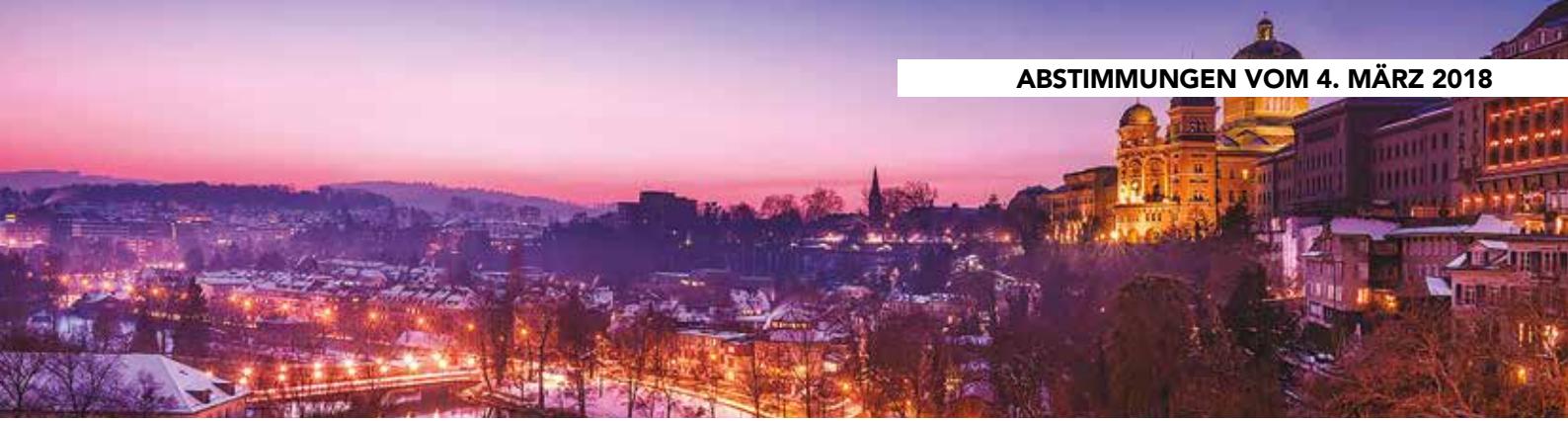
Die Haupteinnahmequellen des Bundes – die direkte Bundessteuer und die Mehr- wertsteuer (DBST und MWST) – sind bis Ende des Jahres 2020 befristet. Die NFO 2021 muss deshalb die betreffenden Verfassungsbestimmungen ablösen und die Bundesfinanzen einnahmenseitig für die Zeit nach 2020 auf eine neue Verfassungs- grundlage stellen.

Inhalt der Vorlage

Damit der Bund seine beiden wichtigsten Einnahmen auch über 2020 hinaus erheben kann, soll die dafür nötige Kompetenz um 15 Jahre verlängert werden. Die beiden Steuern machen zusammen über 60 Prozent der Bundesinnahmen aus. Sie sind deshalb von zentraler Bedeutung für den Bundeshaushalt und die damit finanzierten Aufgaben des Bundes.

In der Vernehmlassungsvorlage zur NFO 2021 hatte sich der Bundesrat dafür ausgesprochen, die Befristung der DBST und MWST ganz aufzuheben. Dies hätte es dem Bund erlaubt, die beiden Steuern permanent zu erheben und die Finanzierung der Bundesaufgaben auf eine langfristig gesicherte Grundlage zu stellen. Das Vernehmlassungsergebnis zeigte jedoch, dass dieser Vorschlag voraussichtlich keine politische Mehrheit im Parlament finden würde.

Aus diesem Grund soll die Befristung der DBST und der MWST lediglich verlängert werden. Dazu ist es notwendig, Artikel 196 Ziffern 13 und 14 Absatz 1 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung (BV) zu ändern. Mit diesen Änderungen



können die beiden Haupteinnahmequellen des Bundes bis zum 31. Dezember 2035 erhoben werden.

Neben der Verlängerung der Befristung der DBST und der MWST soll eine hinfällig gewordene Übergangsbestimmung zur Erhebung der Biersteuer (Art. 196 Ziff. 15 BV) gestrichen werden. Da die Vorlage eine Verfassungsänderung beinhaltet, unterliegt sie dem obligatorischen Referendum.

Entstehung der geltenden Finanzordnung 2007

Am 9. Dezember 2002 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur neuen Finanzordnung (NFO). Im Zentrum der Vorlage stand die Aufhebung der Befristung für die Erhebung der DBST und der MWST. Außerdem wurde die Aufhebung des MWST-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen vorgeschlagen.

In den Schlussabstimmungen vom 19. März 2004 wurde der Bundesbeschluss über die NFO (02.078) mit den folgenden Eckpunkten angenommen:

- **MWST/DBST:** Die Erhebung von MWST und DBST bleibt zeitlich begrenzt und wird bis Ende 2020 verlängert.
- **Gewinnsteuer (DBST):** Für die Steuer auf dem Reinertrag der juristischen Personen gilt ein Höchstsatz von 8,5 Prozent.
- **Kapitalsteuer (DBST):** Die Steuer auf dem Kapital und auf den Reserven der juristischen Personen wird aufgehoben.
- **MWST:** Der Normalsatz bleibt als Höchstsatz verankert, der reduzierte Satz als Mindestsatz.
- **MWST:** Der Gesetzgeber kann für die Besteuerung der Beherbergungsleistungen einen Satz festlegen, der zwischen dem reduzierten Satz und dem Normalsatz liegt.
- **MWST:** 5 Prozent des nicht zweckgebundenen Ertrags werden für die Preissenkung in der Krankenversicherung zugunsten unterer Einkommenschichten verwendet, sofern nicht durch Gesetz eine andere Verwendung zur Entlastung unterer Einkommenschichten festgelegt wird.

In der Volksabstimmung vom 28. November 2004 wurde die NFO von 73,8 Prozent der Stimmenden und von fast allen Ständen angenommen. Die NFO trat wie die Verlängerung des MWST-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen (05.428) am 1. Januar 2007 in Kraft.

Die Bundeseinnahmen

Dem Bund sind bei der Besteuerung Grenzen gesetzt, da er nur diejenigen Steuern erheben darf, zu welchen ihn die BV ausdrücklich ermächtigt. Das ausschliessliche Steuererhebungsrecht des Bundes konzentriert sich im Wesentlichen auf einen Teil der indirekten Steuern. Bei der Einkommens- und Gewinn-

steuer üben sowohl der Bund als auch die Kantone und Gemeinden ihre Steuerhoheit aus.

Die vom Bund erhobenen Abgaben sind von stark unterschiedlichem fiskalischem Gewicht. Die DBST und die MWST stellen die Haupteinnahmequellen des Bundes dar (Abbildung 1). Die Kompetenz zur Erhebung dieser Steuern ist in den Übergangsbestimmungen der BV auf 2020 befristet. Neben der befristeten Erhebung der beiden Steuern sind dem Bund weitere Schranken auferlegt, da in der BV auch Höchstsätze bei der DBST und der MWST verankert sind. Erstere betragen maximal 11,5 Prozent des steuerbaren Einkommens für natürliche Personen (Art. 128 Ziff. 1 Bst. a BV) und 8,5 Prozent des Reinertrags der juristischen Personen (Art. 128 Ziff. 1 Bst. b BV). Der Normalsatz der MWST beläuft sich befristet bis zum 31. Dezember 2017 auf 8 Prozent. (Art. 130 Abs. 1, 3 und 3bis sowie Art. 196 Ziff. 14 Abs. 2 Bst. a BV; Art. 25 Abs. 1 Mehrwertsteuergesetz,). Wie hoch er ab 2018 sein wird, hängt von den Ergebnissen der Beratungen zur Reform der Altersvorsorge 2020 ab. ■



In Kürze

Der Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021:

- soll die Kompetenz der Eidgenossenschaft, die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer zu erheben, die wichtigsten Einnahmequellen des Bundes, um 15 Jahre verlängern;
- hat zum Ziel, die Kontinuität der Finanzpolitik zu sichern und nicht das Steuersystem zu reformieren;
- ermöglicht der Eidgenossenschaft mehr als 42 Milliarden Franken Einnahmen, was mehr als 60 Prozent ihres Budgets ausmacht;
- sieht ferner vor, eine unwirksam gewordene Übergangsbestimmung im Bundesgesetz über die Biersteuer aufzuheben.

Der WGV lädt Sie also ein, am kommenden 4. März diesem Bundesbeschluss zuzustimmen.

NEIN zum Angriff auf die Schweizer Medienvielfalt

WGV

Dank den Radio- und Fernsehabgaben haben wir in der Schweiz ein vielfältiges, audiovisuelles Medienangebot. Mit den Abgaben werden die SRG sowie 21 regionale Radio- und 13 regionale Fernsehstationen finanziert. Die SRG ist zu 75% durch Gebührentgelder finanziert. Bei Regionalfernsehen beläuft sich dieser Anteil im Schnitt auf 53% des Budgets, bei den Lokalradios in den Berg- und Randregionen sind es 35% und bei den komplementären, nicht gewinnorientierten Lokalradios rund 67%. Ohne Gebühren sind weder die SRG, noch die regionalen Anbieter überlebensfähig. Kein Unternehmen kann weiterbestehen, wenn bis zu 75% seiner Einnahmen wegfallen.

Die gefährliche No Billag-Initiative zerschlägt die heutige Radio- und Fernsehvielfalt und damit auch die unabhängige Information, welche für das Funktionieren unserer direkten Demokratie unverzichtbar ist.

Der Wegfall der SRG sowie der 34 lokalen Radio- und Fernsehanbieter würde vor allem eines bedeuten: Wir müssten mehr ausländische Medien konsumieren. Eine Berichterstattung mit Schweizer Fokus und über Schweizer Themen gäbe es nicht mehr. Unser öffentlicher Diskurs würde also mehr und mehr von Themen dominiert, welche für unsere Nachbarländer von Bedeutung sind. Die Gebühren für Schweizer Radio und Fernsehen haben einen klaren Ge- genwert. Sie ermöglichen einen Schweizer Blick in die Welt. Ohne Gebühren weniger Eigenständigkeit, weniger Schweiz.

NEIN zum Sendeschluss für Minderheiten

Eine Annahme der Initiative hätte dramatische Folgen, insbesondere für die rätoromanische, die französische und die italienische Schweiz. In der Deutschschweiz liesse sich über Abonnemente und Werbeeinnahmen vielleicht noch ein Informations- und Bildungsangebot, seichte Unterhaltung und einzelne Sportübertragungen finanzieren, weil hier der Markt gross genug ist. In den drei kleineren Landesteilen wäre der Markt jedoch viel zu klein, um kommerzielle Radio- und Fernsehsender zu betreiben. In der Romandie wären Schweizerinnen und Schweizer gezwungen, Medien aus Frankreich zu konsumieren, im Tessin solche aus Italien. Für das Medienangebot in Rätoromanisch gäbe es kaum Ersatz. Der Service public leistet heute einen wichtigen Beitrag zur Identität und Vielfalt unseres Landes. Für das Funktionieren unserer direkten Demokratie ist es jedoch unerlässlich, dass sich Schweizer Bürgerinnen und Bürger in ihrer Sprache über regional und national wichtige Themen aus Schweizer Perspektive informieren können und sich für ihre Meinungsbildung nicht auf ausländische Medien stützen müssen.

NEIN zum radikalen Angriff auf den Service public

Die Gebührenempfänger stellen heute in allen vier Landessprachen und in allen Regionen einen medialen Service public im audiovisuellen Bereich sicher. Wird diese radikale Initiative angenommen, gibt es nicht einfach einen abgespeckten medialen Service public mit tieferen Gebühren, sondern nur noch kommerzielle Radio- und Fernsehanbieter. Die Medienlandschaft in der Schweiz würde sich grundsätzlich verändern, die öffentlichen Medien gänzlich abgeschafft. Mehr noch, mit dem verfassungsrechtlichen Verbot der Erhebung staatlicher Empfangsgebühren würde verhindert, dass je wieder solche entstehen könnten. Der Bund dürfte auch keine Radio- und TV-Stationen subventi-



onieren. Ein konstruktiver Dialog über den Inhalt und Umfang des medialen Service public ist sicherlich nötig. Dieser Dialog wäre mit Annahme der Initiative jedoch hinfällig, da der mediale Service public gänzlich abgeschafft würde. Es geht bei der No Billag-Initiative also um sehr vieles. Wir stimmen darüber ab, ob es in der Schweiz überhaupt noch überall Radio- und Fernsehstationen mit Leistungsauftrag, Verpflichtung zur Sachlichkeit und Qualitätsvorgaben gibt.

NEIN zum Angriff auf unsere direkte Demokratie

Die gefährliche No Billag-Initiative zerschlägt die heutige Radio- und Fernsehvielfalt und damit auch die unabhängige Information, welche für das Funktionieren unserer direkten Demokratie unverzichtbar ist. Sie ist ein Angriff auf unsere unabhängigen Medien und die direkte Demokratie. Die Medien werden nicht umsonst auch «die vierte Staatsgewalt» genannt, über sie bilden wir uns unsere Meinung, um als mündige Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess teilzunehmen. In einer funktionierenden Demokratie sind Bund, Kantone und Gemeinden auf informierte Bürger angewiesen. Mit der totalen Kommerzialisierung der Medienlandschaft werden finanzielle Investoren mehr Macht im Schweizer Medienmarkt erhalten, um ihre Eigeninteressen durchzusetzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Schweizer Medien zum Sprachrohr von zahlungskräftigen Interessenvertreter/innen werden und für politische Propaganda missbraucht werden – wie dies in Italien oder den USA längst der Fall ist. Es geht bei dieser Abstimmung um die Frage, wem die Macht über Radio- und Fernsehen gehören und dienen soll – nur den Reichen oder uns allen?

Eine zu extreme Initiative

Der Betrieb und die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in unserem Land muss unbedingt untersucht und an die neuen Technologien, sowie an die veränderten Gewohnheiten der Bevölkerung, angepasst werden. In diesem Sinne, muss man den Initianten zugutehalten, dass sie die Sache ins Rollen gebracht haben. Aber nicht so schnell (ein direkter Gegenentwurf des Parlaments wäre wünschenswert gewesen) und vor allem, nicht so grundlegend. Einstweilen hat sich Bundesrätin Doris Leuthard

darauf beschränkt, eine strategische Senkung der Gebühr durchzusetzen, welche auf einen symbolischen Betrag von Fr. 1.- pro Tag reduziert wurde, aber der Betrieb der SRG, ihre Leistungen und die Aufgabenverteilung mit den lokalen Medien, die weiterhin die Stiefkinder der Gebühr bleiben, müssen unbedingt tiefgreifend überarbeitet werden. Wir sind aber noch nicht so weit, « No Billag » ist zu extrem, um das Risiko einzugehen, dass sie angenommen wird, auch wenn die Unternehmen, die als Opfer des von der Schweizer Bevölkerung knapp angenommene RTVG gelten, eine Abschaffung der Doppelbesteuerung, der sie ausgesetzt sind, begrüssen würden. ■



In Kürze

Die Initiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (No Billag)» :

- stellt ein gewisses Risiko dar, dass sich das öffentlich-rechtliche Angebot für die sprachlichen Minderheiten unseres Landes drastisch reduziert;
- gefährdet die Informationsunabhängigkeit des Landes;
- wird die beliebten Kinofilme, die Eishockey- und Fussballspiele, sowie die morgentlichen Nachrichten im Radio empfindlich verteuern;
- untersagt definitiv jegliche öffentliche Finanzierung, sei es über die Besteuerung, die Gebühr oder über Subventionen, was die Radio- und Fernsehmedien der Romandie unweigerlich zum Tode verurteilt;
- sobald das Verschwinden der Schweizer Programme besiegt ist, überlässt sie das Feld den ausländischen Medien, die keinesfalls die Schweizer Aktualität behandeln werden.

Deshalb lädt Sie der WGV ein, diese Initiative am kommenden 4. März abzulehnen.

NEIN zum Abenteuer, aber ja zu einem neuen leistungsfähigen Service Public

Von Marcel Delasoie
WGV Generalsekretär



Sie in Sicherheit hinter ihrer Mauer von 1,3 Milliarden wähnend, von Doris Leuthard in ihrer Position gestärkt, schießt die SRG auf alle, die die Unverschämtheit haben, ihren Betrieb infrage stellen. Selbst die Volksabstimmung über das RTVG, das mit ganz knapper Mehrheit angenommen wurde, hat Gilles Marchand auf seinem Thron nicht erschüttert.

Aber war es nicht Aufgabe unserer Behörden, einen Gegenentwurf auszuarbeiten, der sowohl den Initianten entgegenkommt, als auch den heutigen Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung gerecht wird?

Erst nach der ersten Umfrage über die Initiative « No Billag », die gezeigt hatte, dass die Schweizer Bevölkerung dieser Initiative zu 60% zustimmen würde, ist sich die Generaldirektion der SRG bewusst geworden, dass sich die Schweizer Bürgerinnen und Bürger eine grundlegende Änderung, sowie einen,

an die wichtigen Entwicklungen und Bedürfnisse der Gesellschaft angepassten Service Public, herbeiwünschen. Solange das Geld in Massen fließt, ohne dass man wirklich etwas dazu beigetragen hat, wenn die Mittel nicht mit den Bedürfnissen übereinstimmen, wenn die Lage nicht komfortabler sein kann, dann wiederholen sich oftmals die gleichen Muster: der Stillstand wird zur Regel und jegliche Hinterfragung wird ohne weitere Erklärung wegewischt. Aber man muss « No Billag » zugutachten, dass es ihr gelingt, unseren grossen Staatsbetrieb aufzurütteln. Auf einmal vergeht kaum eine Sendung, ohne dass am Ende erwähnt wird, dass sie nur mit Hilfe der Billag Radio- und Fernsehgebühren realisiert werden konnte.

Sogar die kleinen lokalen Radio- und Fernsehanstalten ziehen mit, obwohl sie nur Brosamen erhalten. Man muss aber dazu sagen, dass der Kuchen so gigantisch ist, dass selbst ein Bruchteil davon ein Betrag ausmacht, der ihnen den Mund wässrig macht. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass die regionalen Radio- und Fernsehsender ohne die ihnen auferlegten Zwangsjacke, die Legitimität und die Fähigkeit hätten, ihre Aktivitäten bedeutsamer zu

entwickeln, als mit nur einer bescheidenen Gebühr.

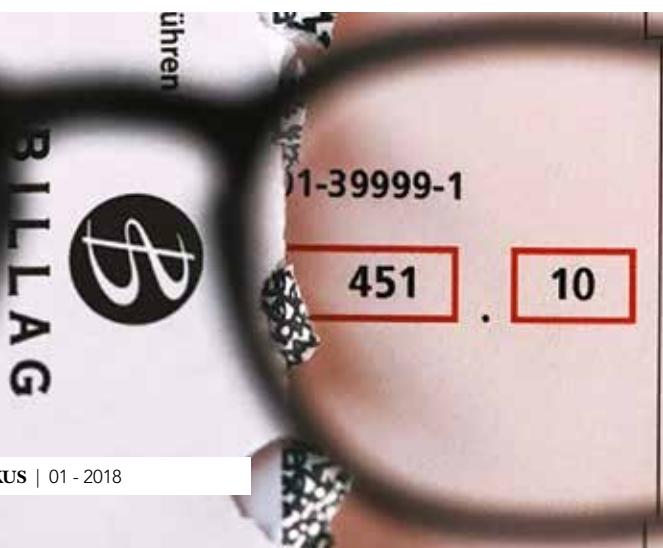
Die Lösung, die No Billag vorschlägt ist sicherlich extrem. Ganz einfach jegliche Gebühr zu streichen, ohne eine konkrete Ersatzlösung vorzuschlagen bedeutet, vor allem für die sprachlichen Minoritäten unseres Landes, ein gewisses Risiko für die Solidarität zwischen den verschiedenen Kulturen, die unser Land prägen.

Aber war es nicht Aufgabe unserer Behörden, einen Gegenentwurf auszuarbeiten, der sowohl den Initianten entgegenkommt, als auch den heutigen Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung gerecht wird? Indem das versäumt wurde, sind Doris Leuthard und die Bundeskammern ein grosses Risiko eingegangen.

Doppelte Unternehmensbesteuerung

Welchen Ausgang diese Abstimmung auch nehmen wird, wir hoffen nachdrücklich, dass wir uns hin zu öffentlich-rechtlichen Medien bewegen, die eine objektive Information ohne Beeinflussung, verbreiten. Hin zu Medien, die Sendungen anbieten, die den Wünschen des Publikums gerecht werden, mit einer Berichterstattung, die mit den Interessen der Bevölkerung übereinstimmt und die über adäquate Geldmittel verfügt, teilweise über Gebühren, aber auch aus Werbeeinnahmen und Vermarktung von einigen spezifischen Sendungen, wie Sportübertragungen, Fernsehfilmen oder TV Serien.

Und dass man diese Doppelbesteuerung für die Unternehmen abschafft. Denn die Unternehmer und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlen ja schon ihrerseits die Gebühr! ■



Interview mit Frédéric Favre

„Das Wallis möchte die **ERSTE WINTEROLYMPIADE** einer neuen Zeit ausrichten“

SWISS-SKI

Von Pascal Vuistiner

Journalist

Für Frédéric Favre hat der Kanton mit einem Ja am 10. Juni 2018 alles zu gewinnen. Er ermuntert die Bürger und die Unternehmen, sich über das Projekt zu informieren und vor allem, sich einzusetzen, damit das Ja zu diesen OS 2026 einer neuen Art triumphiert. Interview, Erklärungen und Klarstellungen.



Frédéric Favre

In welcher Stimmungslage sind Sie?

Ich bin besonders motiviert, beim grössten Projekt mitzuarbeiten, das die Schweiz organisieren kann, mit dem Wallis als Leader. Ehrlich gesagt ist das eine ausserordentliche Chance.

Wie viel Zeit widmen Sie diesem Projekt?

Es gibt natürlich heissere Phasen als andere, aber ich würde sagen, dass ich ihm ca. 20 % meiner Arbeitszeit widme. Es handelt sich um ein Dossier, das in den Medien sehr präsent ist aber ich kümmere mich auch, mit meinen Mitarbeitern, um alle strategischen Angelegenheiten der Dienste innerhalb des Departements, wie zum Beispiel die Revision der Kantonsverfassung, die Ausschaffungszentren für Asylbewerber oder die Inkraftsetzung des neuen Sportförderungsgesetzes.

Verfügen Sie über genügend Ressourcen, um das Projekt Olympiade 2026 zu bearbeiten?

Das Kandidaturkomitee, die Kantone und die Eidgenossenschaft arbeiten zusammen, um das Dossier zu tragen. Wir verfügen gewiss nur über begrenzte Ressourcen, aber wir wachsen auf einer natürlichen und bescheidenen Weise, indem wir alle Schritte nacheinander angehen.



Potentieller wirtschaftliche Nutzen (Anzahl Arbeitsstellen)

... Monate vor den Spielen	Vancouver 2010	Sotchi 2014	PyeongChang 2018
72	25	130	50
60	51	230	118
48	158	365	240
36	340	450	341
24	758	645	509
18	1078	1000	876
12	1320	1378	1100
6	1537	1708	*

Diese Tabelle zeigt, dass der wirtschaftliche Nutzen in Punkt Arbeitsplätze der OS 2026 sich nicht nur während der Spiele (1 Monat) bemerkbar macht, sondern schon 6 Jahre vorher, und das mit zunehmender Wirkung, mit 1700 geschaffenen Arbeitsstellen für die Ausrichtung der Winterspiele. Und das, ohne die anderen direkten und indirekten Auswirkungen für die Walliser und Schweizer Wirtschaft zu nennen.



► **Als Sie am 1. Mai 2017 das Amt übernommen haben, sah das Olympische Dossier noch sehr vage aus. Ohne im Grunde dagegen zu sein, waren Sie während Ihrer Kampagne zum Staatsrat zumindest skeptisch. Heute sieht man Sie sehr motiviert. Was ist passiert, damit Sie so schnell Ihre Meinung geändert haben?**

Ich habe präzise Antworten zu den Fragen bekommen, die ich noch hatte. Erstens handelt es sich um ein Projekt in humarer Grösse, denn wir werden existierende Infrastrukturen verwenden. Die Defizite aller vergangenen Olympiaden wurden durch die gebauten Infrastrukturen verursacht. Indem praktisch nichts gebaut wird, wird das Defizitrisiko auf null reduziert. Sotchi hat 40 Milliarden auf den Tisch gelegt. Wir 100 Millionen, davon 81 für das Wallis. Wir werden den Gemeinden, die etwas bauen müssen, Zuschüsse geben, wie es

Dieses Geld ist vorgesehen, um ein Grossereignis in der Schweiz auszurichten. Wenn wir also diese Finanzmittel ablehnen, werden sie für diese Ausstellung in den grossen Städten oder für ein anderes Grossprojekt unseres Landes verwendet werden. Nicht für das Soziale, die Bildung, die AHV oder die Krankenkassen.

für Schulen oder Gymnastikhallen der Fall ist.

Und dann wollen wir Spiele, die sportlichen und nachhaltigen Werten nahestehen. Mit einem vorgesehenen Finanzrahmen von 100 Millionen für nachhaltige Projekte bin ich überzeugt, dass sich das zu einem regelrechten Beschleuniger für unseren Kanton entwickeln wird, der der grosse Nutzniesser dieser Investitionen sein wird.

Letzter Punkt, wenn man sieht, dass das einzige was das Wallis machen muss, in Infrastrukturen zu investieren, die sowieso realisiert werden müssen, mit oder ohne Spiele, dann bin ich überzeugt.

Bleibt der Sicherheitsaspekt. Wir werden beim Parlament einen Kredit von 40 Millionen beantragen, um die Sicherheit bei allen Veranstaltungen, die im Kanton stattfinden, zu gewährleisten. Die Planungsarbeit wurde im Detail durchgeführt und dieser Betrag beinhaltet sogar noch eine Reserve. Von da aus wird der Hebeleffekt für das Wallis und die zu erwartende Rendite ganz einfach beeindruckend sein. Deswegen bin ich von diesem visionären Projekt motiviert und überzeugt.

Man hört viel von Ihnen, man sieht Sie viel. Wo sind Ihre Kollegen der Regierung. Man bekommt den Eindruck, dass Sie in der ersten Reihe stehen, während die 4 anderen nur in der 2. oder 3. ?

Ich teile diese Einschätzung nicht. Die Unterstützung meiner Kollegen ist immens. Es ist ein von der Regierung getragenes und für unseren Kanton fundamentales Projekt. Es ist jedoch meinem Departement angegliedert und von daher ist es naheliegend, dass sich der verantwortliche Minister als erster äussert. Aber meine Kollegen verpassen keine Gelegenheit, sich auf das Projekt zu beziehen und es ebenfalls zu verteidigen.

Wie viel werden die OS 2026 kosten ?

Das Gesamtbudget beträgt 2,3 Milliarden Franken: davon sind 1,7 Millionen für den Betrieb, mit einer Reserve von 215 Millionen seitens der Eidgenossenschaft, 100 Millionen für die Infrastruktur und 303 Millionen für die Sicherheit vorgesehen.



Könnte dieses Geld nicht besser für das Soziale, die Bildung, die AHV oder die Krankenkassen investiert werden?

Man darf sich keine Illusionen machen und die Bevölkerung belügen. Dieses Geld ist vorgesehen, um ein Grossereignis in der Schweiz auszurichten. Es war schon für 2 Ereignisse vorgesehen: erstmal für eine Landesaustellung in der Ostschweiz, welche aufgegeben wurde, und ein zweites Mal für Spiele in Graubünden, das die Bevölkerung abgelehnt hat. Diesmal ist es für Sitten 2026. Wenn wir Nein sagen, wird das Geld sicherlich für die Ausrichtung einer Landesaustellung in den 10 grössten Schweizer Städten 2027 verwendet werden. Wenn wir also diese Finanzmittel ablehnen, werden sie für diese Ausstellung in den grossen Städten oder für ein anderes Grossprojekt unseres Landes verwendet werden. Nicht für das Soziale, die Bildung, die AHV oder die Krankenkassen.

Der Budgetrahmen ist klar abgesteckt und im Gegensatz zu einigen Aussagen, ist er seit seiner Bekanntgabe letzten November unverändert geblieben.

Wer wird das bezahlen?

Zur Beantwortung der Frage müssen einige Details erläutert werden. Mit der Unterstützung der Eidgenossenschaft ist das Betriebsbudget von 1,7 Milliarden mit den Einnahmen der Spiele selbst (Kartenverkauf) und der finanziellen Beteiligung des IOC ausgeglichen. Die mitorganisierenden Kantone und der Bund müssen die Kosten für die Infrastruktur, geschätzte 100 Millionen, sowie für die Sicherheit, geschätzte 303 Millionen, übernehmen.

Das Wallis muss seinerseits einen Kredit von 60 Millionen für die Infrastrukturen gewähren, denn von den 81 zu investierenden Millionen in diesem Bereich, wird sich die Eidgenossenschaft in Höhe von 20 Millionen beteiligen. Und was die Sicherheit angeht, werden es, wie schon oben erwähnt, maximal 40 Millionen für unseren Kanton sein.

Die Sicherheitskosten hören nicht auf, für Unruhe sorgen.

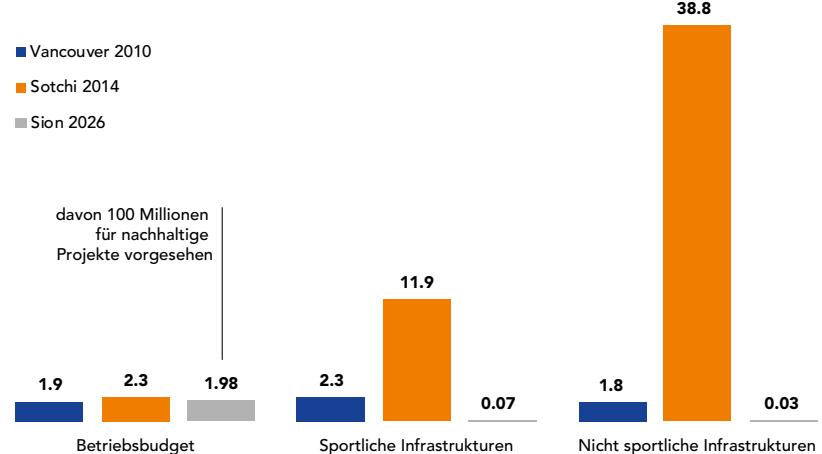
Wurden sie auch richtig geschätzt und von wem?

Die Polemik ist dadurch entstanden, dass eine Person einen unbegründeten Vergleich zwischen der Olympiade von Vancouver und der Schätzung für Sitten gezogen hatte. Als selbsterkannter Experte, hat ihm dies zu einem gewissen Ruhm bei den Medien verholfen.

Ja, die Kosten für die Sicherheit sind von den Experten, die das Bundesamt für Sport beauftragt hat, in Zusammenarbeit mit den Planungsverantwortlichen der betroffenen

Verteilung der Investitionen

(in Milliarden Franken)



Diese Grafik zeigt, warum das Projekt OS 2026 ein völlig innovatives Projekt ist. Das Betriebsbudget beträgt, wie immer, ca. 2 Milliarden. Das ist eine Konstante für alle Austragungsorte. Was aber diesmal anders ist, das sind die Investitionen für die Infrastrukturen, sei es für Sportstätten oder andere. Sitten 2026 plant es anders, indem nur 100 Millionen vorgesehen sind. Diese Strategie zeigt, warum jegliches Defizit unwahrscheinlich wird, denn die Defizite der letzten Jahre, waren hauptsächlich von den milliardenschweren Ausgaben für die Infrastrukturen hervorgerufen. So gut wie keine oder sehr wenige Infrastrukturen, also kein mögliches Defizit.



DIE FACHZEITSCHRIFT DER WALLISER KMU

WGV-FOKUS

im
sgv usam SEKTION WALLIS



Wenden Sie sich direkt an 2000 KMU!

Ausgaben vom Unterwallis (UVAM Tribune): siehe www.uvam-vs.ch

BESTELLFORMULAR

Zu retournieren per Post (UVAM rue de la Dent-Blanche 8, 1950 Sion, per Fax (027 322 24 84) oder per E-Mail (tribune@uvam-vs.ch)

<input type="checkbox"/> 4. Umschlagsseite	Fr. 1650.-
<input type="checkbox"/> 4. Umschlagsseite + 1 Seite Publireportage	Fr. 1950.-
<input type="checkbox"/> 1 Seite	Fr. 950.-
<input type="checkbox"/> 1 Seite + 1 Seite Publireportage	Fr. 1250.-
<input type="checkbox"/> Publireportage von uns ausgeführt	+ Fr. 300.-
<input type="checkbox"/> ½ Seite hoch	Fr. 650.-
<input type="checkbox"/> ½ Seite quer	Fr. 650.-
<input type="checkbox"/> ¼ Seite hoch	Fr. 350.-
<input type="checkbox"/> ¼ Seite quer	Fr. 350.-

Anzahl Erscheinungen:

2 (-5%) 3 (-7 %) 4 (-10%)

Für die Ausgabe(n):

<input type="checkbox"/> Februar	20.....
<input type="checkbox"/> Mai	20.....
<input type="checkbox"/> September	20.....
<input type="checkbox"/> November	20.....

Firma:

Verantwortlich:

Adresse:

Telefon:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Datum:

Unterschrift:



Kantonspolizeien, richtig bewertet werden. Das Know-how dieser Spezialisten braucht nicht mehr unter Beweis gestellt zu werden und ihre Schätzungen haben alle Details, die einen solchen Einsatz kennzeichnen, berücksichtigt. Sie wurden auch von den kantonalen Polizeikommandanten unterstützt, die erklärt haben, dass die Gewährleistung der Sicherheit eines solchen Ereignisses mit den vorhandenen Ressourcen des Landes, durchaus als realistisch betrachtet werden kann.

Müssen die Kommunen an die Nachhaltigkeit dieser Infrastrukturen denken? Wie kann man vermeiden, dass Objekte gebaut werden, die nach den Spielen nicht mehr gebraucht werden?

Es wird praktisch keine Neubauten geben, denn wir werden uns auf die bestehende Infrastruktur stützen und sie mieten. Nochmal zur Erinnerung, der vorgesehene Betrag für die Infrastruktur beträgt maximal 100 Millionen. Mit den

Sind denn gute Neuigkeiten so schwer zu verstehen? Das Betriebsbudget der Spiele ist ausgeglichen und es wird sogar möglich sein, einen Gewinn zu erzielen. Was die Infrastruktur betrifft, kann ich nur wiederholen, dass das neu übernommene Modell, die Miete von existierenden Infrastrukturen vorsieht.

Investitionen können einige Infrastrukturen, deren Fortbestand gesichert ist, ausgebaut werden. Nehmen Sie das Beispiel Crans-Montana, dass mit oder ohne Spiele, sowieso in seinem Zielstadion etwas unternehmen muss, um sich für die Ausführung der Skiweltmeisterschaften 2025 zu bewerben. Dasselbe gilt für die Eissäden von Visp, Lausanne oder Biel. Verwechseln wir nicht alles. Diese Arbeiten werden auf jeden Fall ausgeführt. Nur dass Dank der Spiele, mit Zuschüssen oder Hilfen seitens der Eidgenossenschaft gerechnet werden kann. Das ist eine unglaubliche Chance. Ich habe Mühe zu verstehen, dass diese innovative und so günstige Vorgehensweise nicht jeden sofort überzeugt.

Gibt es nicht doch ein Risiko für Übertreibungen?

Ich glaube nicht. Sei es in Crans-Montana oder im Goms für das nordische Zentrum, gab es schon vor den Spielen Gespräche und alles wird durchgeführt, mit oder ohne Spiele. Und falls die Kommunen meinen, dass provisorische Strukturen ausreichen, dann werden wir demontierbare Bauten privilegieren. Es gibt keinen Hang zum Gigantismus seitens des Kandidaturkomitees, ganz im Gegenteil.

Im Falle eines Defizits nach den OS 2026, wer wird zahlen? Die Eidgenossenschaft, der Kanton, die Stadt Sitten, alle drei?

Man braucht nicht über das Defizit zu reden, denn es wird keines geben.

Budget für die Kandidatur (in Millionen Franken)

EINNAHMEN	
Eidgenossenschaft	8
Kantone und Stadt	8
Swiss Olympic	8
Andere Förderungen	1
TOTAL	25

AUSGABEN	
Kommunikation, Förderung und Aktionen	9
Erbe	2.1
Ausarbeitung der Bewerbungsunterlagen	2.7
Verwaltung und Organisation	9.8
Reserven	14
TOTAL	25

Das Budget für die Kandidatur beträgt 25 Millionen und es wird von Beiträgen der Eidgenossenschaft, der Kantone, der Städte und Swiss Olympic gedeckt. Alles steht bereit, um das Komitee in Kampfbereitschaft zu versetzen, sobald die erfolgreiche Abstimmung und die Zusage des Bundesparlaments erfolgt. Das IOC wird seine Entscheidung im Oktober 2019 in Mailand treffen.

Das erscheint wenig glaubhaft, es hat immer eines gegeben?

Sind denn gute Neuigkeiten so schwer zu verstehen? das Betriebsbudget der Spiele ist ausgeglichen und es wird sogar möglich sein, einen Gewinn zu erzielen, wie es in Sotchi der Fall war. Das Defizitrisiko war immer auf zwei spezifische Positionen begrenzt: die Infrastruktur und die Sicherheit. Was die Infrastruktur betrifft, kann ich nur wiederholen, dass das neu übernommene Modell die Miete von existierenden Infrastrukturen vorsieht. Für die wenigen neuen Bauten, werden wir den betroffenen Gemeinden Zuschüsse zukommen lassen.

Was die Sicherheitskosten angeht, sind sie, wie ich es Ihnen schon gesagt habe, sehr professionell berechnet worden und die seit dem Einreichen des Expertenberichts August 2017 unternommenen Verfeinerungsarbeiten, konnten noch eine beträchtliche Reservespanne erzielen.

Und das Olympische Dorf?

Auch da haben wir Neuerungen eingeführt, denn es wird kein Olympisches Dorf im eigentlichen Sinne geben. Die Athleten werden nicht alle am gleichen Ort konzentriert sein. Wir werden jedoch von einem, mit oder ohne Spiele vorgesehenen Projekt der Stadt Sitten profitieren. Es handelt sich um ein Ökoquartier, dass gebaut werden soll. Sobald wir im Oktober 2019 in Mailand die Spiele erhalten haben, wird der erfolgreiche Bauträger



► der Ausschreibung mit dem Bau beginnen, mit Terminvorgabe 2025 für die Athleten. Wir werden dieses Quartier mieten. Sobald die Paralympischen Spiele vorüber sind, werden die Wohnungen freigegeben. Wir wollen wirklich dieses neue Mietmodell, was das Ausbleiben von Defizit garantiert, durchsetzen. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass dies die ersten Winterspiele einer neuen Ära sein werden. Paris und Los Angeles mit 92 bis 96 % existierenden Infrastrukturen liegen schon in diesem Trend. Deswegen setze ich mich massiv für ein Ja am 10. Juni im Wallis ein.

Wir haben gelernt, dass man solch ein Dossier nicht alleine aufbauen kann, dass man sich zusammenschliessen muss und vor allem, dass man Spiele in humaner Grösse, die sich auf existierende Infrastrukturen stützen, in Betracht ziehen muss. Als Beweis möchte ich Paris 2024 und Los Angeles 2028 anführen, die zu mehr als 90% von schon gebauten Infrastrukturen profitieren werden.

In der Stadt Sitten gibt schon zu viele Mietwohnungen. Dieses Projekt ist überflüssig. Die Wohnungen werden leer stehen und der Immobilienmarkt wird nach den Spielen zusammenbrechen?

Schieben wir nicht alle Walliser Probleme auf die Olympischen Spiele. Wenn die Stadt Sitten dieses Ökoquartier Projekt vor sieht, dann heisst das, dass es Sinn macht, mit oder ohne Spiele. Ich erinnere daran, dass wir von 700 Wohnungen für Sitten sprechen. Heute empfängt Sitten im Schnitt 500 neue Einwohner im Jahr. Wenn nun einige die Spiele ausnützen wollen, um den Immobilienkreisen des Wallis den Prozess zu machen, dann sollen sie sich an die Gemeinden wenden, nicht an das Kandidaturkomitee. Außerdem, wie viele „Olympischen Dörfer“ sind bereits in den letzten Jahren gebaut worden, wenn man an die Aufnahmefähigkeit und die Entwicklung einiger Gemeinden denkt.

Die finanziellen Gesichtspunkte im Wallis (in Millionen Franken)

Fiesch (Umbau von Schlafstellen zu 2- oder 4-Bettzimmern)	20
Goms (Erdarbeiten, künstliche Beschneiung)	12
Crans-Montana (Erdarbeiten, künstliche Beschneiung)	9
Crans-Montana (Zielstadion)	30
Thyon/Veysonnaz (Erdarbeiten)	4
Reserven	6
TOTAL (zu Lasten Eidgenossenschaft, Kanton, Gemeinden und Dritte)	81

Der Gesamtbetrag für notwendige neue Infrastrukturen für die Ausrichtung der OS 2026 beläuft sich auf 100 Millionen, davon 81 Millionen für das Wallis. Diese Kosten werden auf Eidgenossenschaft, Kanton und Gemeinden verteilt. Es muss noch hinzugefügt werden, dass zusätzliche Zuschüsse in Höhe von 30 Millionen für die OS 2026 zugesagt wurden, davon 24 Millionen für das Wallis, was eine Finanzlast von 60 Millionen (für das Wallis) bedeutet, falls die Spiele stattfinden. Keine Spiele, keine Zuschüsse.

Ja, aber wenn trotzdem ein Defizit bleibt, wer wird zahlen?

Warum diese endlose Argumentation? Überlassen wir sie den Gegnern, die das Prinzip der Miete nicht verstehen wollen. Ein letztes Beispiel: derjenige, der eine Gymnastikhalle für seine Hochzeit mietet, stellt sich über die Baukosten keine Fragen. Er mietet, er heiratet, er zahlt die Miete. Punkt Schluss. Nun, wir werden dasselbe tun. Wir werden mieten, mit dem Organisationsbudget zahlen und wir werden kein Defizit machen.

Viele Walliserinnen und Walliser haben die Niederlage vom 19. Juni 1999 noch nicht verdaut und nehmen es dem IOC, welches sie leichtfertig als Mafia betrachten, übel?

Es wäre zu leicht, sich hinter diese Art von Argumenten zu verstecken. Ich habe drei Kinder und ich bringe ihnen bei, dass wenn man fällt, wieder aufsteht! Derjenige, der Angst hat zu verlieren, muss in der Tat mit Nein stimmen.

Was sind denn unsere grossen Projekte für das Wallis der nächsten 10 Jahre? Diesmal haben wir ein solides Projekt, bei dem die Eidgenossenschaft bereit ist, uns in Höhe von 1 Milliarde zu unterstützen. Können wir es uns wirklich erlauben, diese Chance für unseren Kanton abzulehnen? Wenn das Wallis es nicht will, kann ich Ihnen sagen wohin das Geld gehen wird, denn das ist wichtig zu wissen. Diese Milliarde wird nicht für alle verloren sein. Andere werden an unserer Stelle davon profitieren. Wenn das der Wille der Bevölkerung ist, werde ich das zur Kenntnis nehmen. Ich bin heute überzeugt, dass das IOC sich verändert hat. Es hat einen konstruktiven Dialog eingeführt und es kämpft nunmehr für eine Redimensionierung der Spiele, so wie wir es vorschlagen. Und andererseits bedeutet Spiele in den Alpen auszutragen, eine Rückkehr zu den Ursprüngen, was sich ja alle wünschen.

Gut, aber warum haben die Österreicher und die Bündner Nein gesagt?

Sie haben zu schnell abgestimmt. Die neue Vision der Spiele konnte ihnen nicht gut genug erklärt werden. Sie sind auf einer Vision von den alten Spielen geblieben. Wir wollen die ersten Spiele einer neuen Zeit ausrichten. 4.0 Spiele. Eine Strategie, wo mieten das Bauen ablöst.

Zweiter Punkt. Wenn wir denken, dass wir in Punkt Tourismus mit dem Tirol auf demselben Niveau stehen, dann meine ich, dass wir uns ein bisschen täuschen. Sie sind schon an der Spitze, wir noch nicht ganz. Diese Spiele könnten ein grossartiger Beschleuniger für die Wirtschaft und den Schweizer Tourismus werden. Es liegt nun an uns, das schöne Erlebnis daraus zu machen, worüber noch Generationen nach uns reden werden.

Welche Lehren wurden aus der Niederlage von Sitten 2006 gezogen?

Die Leute, die die Kandidatur von Sitten 2002 und 2006 getragen haben, haben eine Superarbeit geleistet. Ohne sie,

Kosten für die öffentliche Sicherheit

(in Millionen Franken)

SICHERHEIT OS Sitten 2026	Total	Kantone	%	CH	%
TOTAL Kosten für die öffentliche Sicherheit	303	174	58%	129	42%
Polizeipersonal	174	130	80%	44	20%
Fahrzeuge und Material	14				
Planung Polizeieinsatz	17	44	100%		-.-
Feuerwehr	3				
Leitzentrale	10				
Armee - GWK - Fedpol - NDB	85	-.-		85	

Über die Kosten wurde viel geredet und das wird noch weiterhin der Fall sein. Sie wurden von Experten, die das Bundesamt für Sport beauftragt hat, in Zusammenarbeit mit den Planungsverantwortlichen der betroffenen Kantonspolizeien bewertet. Sie wurden auch von den kantonalen Polizeikommandanten unterstützt, die erklärt haben, dass die Gewährleistung der Sicherheit eines solchen Ereignisses mit den vorhandenen Ressourcen des Landes durchaus als realistisch betrachtet werden kann. Was die private Sicherheit angeht (private Sicherheitsunternehmen für die Gewährleistung der Sicherheit innerhalb der Olympischen Stätten) wurde ein Betrag von 106 Millionen im Betriebsbudget der Spiele vorgesehen.

würden wir nicht dastehen. Ohne sie würde Sitten 2026 nicht so stark sein. All diejenigen, die hinter den zwei Kandidaturen standen, können nicht gegen Sitten 2026 sein. Wir brauchen sie. Es ist wichtig, dass wir alle am selben Strang ziehen. Wir haben gelernt, dass man solch ein Dossier nicht alleine aufbauen kann, dass man sich zusammenschliessen muss und vor allem, dass man Spiele in humaner Grösse, die sich auf existierende Infrastrukturen stützen, in Betracht ziehen muss. Als Beweis möchte ich Paris 2024 und Los Angeles 2028 anführen, die zu mehr als 90 % von schon gebauten Infrastrukturen profitieren werden.

Es geht keineswegs darum, unsere internationalen Konkurrenten zu unterschätzen. Das wäre der schlimmste Fehler. Das Timing ist gut. Unsere Chancen sind riesig. Aber die anderen Kandidaten werden auch mit ausgezeichneten Dossiers aufwarten. Wir bereiten uns deshalb darauf vor, alles zu unternehmen, um unser Projekt zu verteidigen. Deshalb werde ich einige Tage nach Pyeongchang zu den nächsten Winterspielen reisen, um uns zu zeigen und mit der internationalen Kampagne zu beginnen, denn die Lobbyarbeit ist ebenfalls unverzichtbar.

Am Ende, während der letzten Tage und in der letzten Nacht, kann noch alles passieren. Befürchten Sie, auf der Ziellinie geschlagen zu werden, wie in Mailand im Oktober 2019, und eine 4. Niederlage zu erleiden ?

Man gewinnt das Rennen, indem man die Ziellinie als erster überschreitet. Wir haben einen regelrechten Marathon begonnen. Es liegt nun an uns, so weiter zu machen. Angefangen mit einer positiven Abstimmung am 10. Juni, dann mit der Unterstützung des Bundesparlaments im Herbst und so weiter. Dann werden wir bereit und entspannt für die finale Entscheidung in Mailand sein.

Sie scheinen sehr zuversichtlich zu sein, ist das nicht ein bisschen gefährlich ?

Die Gefahr liegt in der Überheblichkeit. Was heute nicht der Fall ist, denn die Etappen sind zahlreich und schwierig. Und man engagiert sich sehr stark in jeder von ihnen, ohne die Ziellinie aus den Augen zu lassen.



Betriebsbudget

(in Millionen Franken)

EINNAHMEN	AUSGABEN
Beitrag IOC	525
Nationales Sponsoring	350
Kartenverkauf	185
Lizenzen	32
Andere Einnahmen	57
Gesamteinahmen	1149
BILANZ	
Gesamteinahmen	1149
Finanzierungsdefizit	612
(durch Eidgenossenschaft abgedeckt)	
Gesamtausgaben	1761
Reserven 215 Millionen	

Das Betriebsbudget beträgt 1,761 Milliarden. 215 Millionen sind für Reserven vorgesehen, das ergibt einen Betrag von 1,976 Milliarden, vollständig vom IOC, der Eidgenossenschaft und den Kartenverkauf abgedeckt. Dazu kommen noch 303 Millionen für die Sicherheit und 100 Millionen für die Infrastruktur; was am Ende ein Gesamtbudget von ca. 2,3 Milliarden macht.



Union valaisanne des arts et métiers
Walliser Gewerbeverband

PME Valais · KMU Wallis

TECHNISCHE DATEN

Auflage	2800 Exemplare
Zielgruppe	Kanton Wallis (KMU, Berufsverbände, Wirtschaftskreise, Politkredite).
Erscheint	vierteljährlich
Format	A4, geschlossen 210 x 297 mm, offen 420 x 297 mm
Seitenanzahl	32 bis 64 Seiten pro Ausgabe
Druck	Vierfarbendruck glänzend gestrichenes Papier 115 g/m ²
Form	zusammengeheftet, gefaltet, in Plastik verpackt

KONTAKT

GENERAL-SEKRETARIAT	Marcel Delasoie Generalsekretär Rue de la Dent-Blanche 8, 1950 Sion T 027 322 43 85 D 027 322 43 82 F 027 322 24 84 marcel.delasoie@uvam-vs.ch
KONZEPT, REDAKTION, WERBUNG	Xavier Saillen T 027 322 43 85 D 027 322 43 86 F 027 322 24 84 tribune@uvam-vs.ch
ADMINISTRATION	Romy Hintz T 027 322 43 85 D 027 322 43 84 F 027 322 24 84 romy.hintz@uvam-vs.ch

WWW.UVAM-VS.CH

PLANUNG 2018

AUSGABEN	FEBRUAR	MAI	SEPTEMBER	NOVEMBER
Redaktionsschluss und Einsendeschluss für Inserate	25. Januar 2018	23. April 2018	6. August 2018	8. Oktober 2018
Versand Woche vom	5. Februar 2018	14. Mai 2018	27. August 2018	29. Oktober 2018

INSERATFORMAT

1 Seite A4 210 x 297 mm	$\frac{1}{2}$ Seite quer 194 x 138 mm	$\frac{1}{2}$ Seite hoch 94.5 x 281 mm	$\frac{1}{4}$ Seite hoch 94.5 x 138 mm	$\frac{1}{4}$ Seite quer 194 x 66.5 mm

MwSt. nicht inbegriffen



Sind Sie der Meinung, dass die Bevölkerung gut informiert ist?

Ganz klar nein! Heute denke ich, dass es mehr Leute gibt, die zu 100 % sicher sind mit Ja zu stimmen, als solche, die überzeugt sind mit Nein zu stimmen. Und in der Mitte befindet sich die grosse Mehrheit der Unentschlossenen, die es gilt in den kommenden 4 Monaten zu überzeugen.

Die Unterstützung des Projekts hat sich organisiert. Ich bin zum Beispiel sehr froh, über die Initiative der jungen Walliser Unternehmer (Anm. d. Red.: Les étoiles 2026) die nicht gezögert haben, sich voll für die jungen Sportler des Kantons einzusetzen. Das ist neu und ist ein gutes Zeichen. Wir werden diese Schlacht gewinnen, wenn sich die Bevölkerung angesprochen fühlt. Es sind die Spiele der Walliserinnen und Walliser, nicht die des Staatsrats. Wir werden auch eine Informationskampagne in Form von Treffen und genauen Informationen in den Dörfern und Gemeinden, überall im Wallis, lancieren. Wir werden uns auf dem Weg machen, um alle Unentschlossenen zu überzeugen. Wir brauchen alle Überzeugten, um die Skeptiker zu motivieren.

Ein Kampagne Komitee, mit einer langen Liste von Patinen und Paten, wie Pirmin Zurbriggen zum Beispiel, der für die Spiele ist, wird derzeit auf die Beine gestellt, um das Feuer anzufachen. Damit da Ja am 10. Juni gewinnt. Wir hoffen auch, auf die Objektivität der Medien, um alle Meinungen zu verbreiten. Und dass es eine Debatte gibt, auch wenn es eine objektive Streit-debatte sein sollte, damit sich alle äussern können.

Ein Zürcher als Präsident, keine Topbesetzung für eine erfolgreiche Abstimmung am 10. Juni?

Das ist falsch und stellt kein Problem dar. Die OS müssen vor allem ein verbindendes Schweizer Projekt sein, bei dem das Wallis jedoch die treibende Kraft bildet. Aber die Präsidentschaft von Jürg Stahl ist notwendig. Seine Stellung in der Welt des Sports und sein internationales Netzwerk sind und werden noch wertvoll für das Erreichen des Finals in Mailand sein. Außerdem wird von ihm nicht verlangt, die Walliser zu überzeugen. Wir kümmern uns um diesen Teil.

Und die Rolle von Christian Constantin?

Er ist und bleibt mit dem Ursprung des Dossiers verbunden. Ohne ihn würden wir nicht dastehen. Er hat sich vom Komitee zurückgezogen, aber wir brauchen ihn, wie alle Persönlichkeiten dieses Kantons, für die Kampagne und um die Abstimmung am 10. Juni zu gewinnen.

Wird er voll hinter den Spielen stehen?

Absolut. Wie alle überzeugten Unternehmer. Ich habe die Unternehmer, die ihre Vereinigung für die Förderung von jungen Walliser Sportlern gegründet haben, beglückwünscht. Man hört oft über die Abwesenheit einer Persönlichkeit, um das Projekt zu tragen und das Beispiel von Adolf Ogi wird regelmäßig zitiert. Ich möchte daran erinnern, dass letzterer seinerzeit die Fackel nach der Abstimmung im Wallis übernommen hatte. Vorher war

LARA GUT



die Stimmung nicht viel anders als wie wir sie heute kennen. Die Welt hat sich verändert. Wir brauchen jeden an Bord, um am 10. Juni einen grossen und schönen Sieg zu erringen.

Warum sollte sich eine Walliser KMU für die OS 2026 interessieren und vor allem, am 10. Juni mit Ja stimmen?

Weil das Wallis ab Oktober 2019 das Zentrum der Welt sein wird. Nicht nur während der 2 Wochen der Spiele und dann während der 2 Wochen der Paralympischen Spiele, aber auch während der 8 Jahre vor dem Ereignis, wie auch während der Jahre danach. Jeder wird für die Sichtung kommen. Die direkten und indirekten wirtschaftlichen Vorteile werden für alle von grosser Bedeutung sein.

Während der 8 Jahre vor dem Ereignis, wie auch während der Jahre danach wird jeder für die Sichtung kommen. Die direkten und indirekten wirtschaftlichen Vorteile werden für alle von grosser Bedeutung sein.

Und wo wird die Olympische Familie wohnen? In Sitten?

Vielleicht in Sitten, aber auch in Montreux, Lausanne oder Genf. Oder vielleicht in Verbier oder Zermatt. Aber wir werden kein 5 Sternehotel für sie in Sitten bauen. So wie für das CERM. Falls Martigny es modernisieren und vergrössern will, werden wir dort Flächen für das Medienzentrum mieten. Aber wenn die Stadtverwaltung meint, dass das Projekt nicht lebensfähig ist, werden wir uns mit dem Bestehenden begnügen und wir werden andere dezentralisierte und kostengünstigere Lösungen finden. Niemand verlangt irgendetwas von den Städten oder Gemeinden. Es werden Gespräche zwischen den Partnern geführt, um die besten Optionen zu ermitteln und um die besten Spiele einer neuen Zeit auszurichten.

Das Wallis könnte am 10. Juni Ja sagen, und dann die Bundeskammern Nein zur finanziellen Unterstützung der Eidgenossenschaft sagen. Das ist kein ideales Timing?

Es gibt kein ideales Timing, denn das Projekt muss mehrere demokratische Prozesse durchlaufen. Aber das ist nun mal so und das gehört auch zur Reichhaltigkeit unseres Landes. ■

Neuerungen im Schweizer ZAHLUNGSVERKEHR

Von Samuel Romailler

Experte in Rechnungslegung und Controlling
Mitglied der Bankleitung bei
der Raiffeisenbank Sion et Région



Die Harmonisierung

Mit der Vielzahl an unterschiedlichen Verfahren, Formaten und Einzahlungsscheinen sind die Digitalisierung sowie die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen nicht sinnvoll möglich. Es braucht eine tiefgreifende Vereinfachung des schweizerischen Zahlungsverkehrs. ISO 20022 ist der internationale Standard für den elektronischen Datenaustausch in der Finanzbranche. Er spielt weltweit und insbesondere in Europa, und damit in der Schweiz, eine immer wichtigere Rolle. Der Schweizer Finanzplatz führt diesen nutzbringenden Standard ein und ergreift dabei die Gelegenheit, den Zahlungsverkehr zu vereinfachen.

Das herkömmliche DTA-File wird durch ein XML basiertes Zahlungsfile nach ISO 20022 abgelöst. Die roten und orangen Einzahlungsscheine werden durch die QR-Rechnung abgelöst. Als primäres Identifikationsmerkmal für eine Bankkontoverbindung wird ausschliesslich die IBAN verwendet. Die E-Rechnung wird funktional ausgebaut und das Lastschriftverfahren mit der E-Rechnung kombiniert.

2018/2019 stehen im Schweizer Zahlungsverkehr grosse Veränderungen an. Nebst der endgültigen Umstellung auf den ISO 20022-Standard, werden auch eine neue zentrale E-Rechnung-Infrastruktur und die QR-Rechnung eingeführt. Es ist somit besonders wichtig, dass von nun an jeder Betrieb die Kompatibilität mit der Zahlungsnorm ISO 20022 bei seinem Informatikanbieter abklärt. Einige Funktionen werden ab Juni 2018 nicht mehr verfügbar sein.

Die Kommunikation zwischen den Kunden und den Finanzinstituten ist vereinheitlicht, einfacher, schneller und transparenter. Die Anzahl an fehlerhaften Zahlungen wird reduziert, was Aufwand und Kosten senkt.

Der nationale Zahlungsverkehr basiert heute auf unterschiedlichen Belegen, Verfahren und Formaten. Mit der Erneuerung wird die Standardisierung und Vereinfachung des Zahlungsverkehrs angestrebt. Von den Änderungen betroffen sind alle im Zahlungsprozess involvierten Parteien. Angefangen vom Rechnungssteller über die verarbeitenden Finanzinstitute bis hin zum Zahlungspflichtigen.

Die Ausgangslage

In der Schweiz existieren zwei unterschiedliche Zahlungsverkehrssysteme (das der Banken und das der PostFinance), zehn unterschiedliche Verfahren mit zehn unterschiedlichen Formaten und sieben unterschiedlichen Einzahlungsscheinen.

Immer mehr Geschäftsprozesse aber auch alltägliche Dinge des Lebens werden digital gesteuert. Diese Entwicklung schliesst den Zahlungsverkehr mit ein. Die Bedürfnisse für mobile, digitale Lösungen steigen – bei Konsumenten wie auch bei Unternehmen. Die heutigen Einzahlungsscheine decken die gesetzlichen Anforderungen im Bereich Geldwäsche an eine vollständige Informationsweitergabe ungenügend ab.

Die Umstellung erfolgt in Etappen. In der ersten Etappe müssen die Unternehmen ihre Systeme unbedingt bis spätestens Mitte 2018 auf ISO 20022 anpassen (Überweisungen, Avisierung/Kontoauszüge auf ISO 20022 umstellen sowie Stammdaten auf IBAN anpassen). Mit der zweiten Etappe gilt es die Systeme und Infrastruktur (z.B. Belegleser) so vorzubereiten, dass der neue QR Code ab Anfang 2019 genutzt werden kann.

Der Mehrwert

Die Kommunikation zwischen den Kunden und den Finanzinstituten ist vereinheitlicht, einfacher, schneller und transparenter. Die Anzahl an fehlerhaften Zahlungen wird reduziert, was Aufwand und Kosten senkt. Medienbrüche entfallen, die Benutzerfreundlichkeit wird erhöht und die Prozessautomatisierung gesteigert.

(Aktualitäten im Steuerwesen, MWST und Sozialversicherungen) Mittwoch, 21 Februar 2018 von 13:30 bis 17:00 Uhr im "La Poste" in Visp
Seminargebühr: Fr. 50.- pro Teilnehmer
Zur Registration: www.pro-economy-vs.ch => Seminare

Die Auswirkungen auf den Schweizer Markt

ISO 20022 – ein weltweiter Standard

ISO 20022 etabliert sich als weltweiter Standard für die Übermittlung von Meldungen im Finanzwesen (Universal Financial Industry Message Scheme). Europa hat mit dem obligatorischen Wechsel auf die SEPA-Verfahren bereits mehrheitlich auf ISO 20022 umgestellt. Die Schweiz zieht mit der Umstellung auf den Schweizer ISO 20022 Zahlungsstandard nach und stellt damit sicher, dass die Interoperabilität sowohl im nationalen als auch im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr gewährleistet wird. Im Rahmen der Migration wird XML die bisherigen Daten-/File-Formate ablösen. XML wird somit zum neuen Standard für die Kunden (Rechnungssteller/-empfänger) wie auch für alle Finanzinstitute. Die Verwendung von ISO 20022 im Zahlungsverkehr bietet neu die Möglichkeit, mehr Informationen in strukturierter Form End-to-End zu übermitteln. Die in der Meldung enthaltenen Informationen müssen von allen Beteiligten End-to-End weitergegeben werden. Dies ermöglicht wesentliche prozessuale Verbesserungen beim Kunden.

DTA-File

Die CH-Banken bieten ihren Kunden mit dem DTA-Format die Möglichkeit, verschiedene Arten von Zahlungen mit einem einzigen Datenfile elektronisch an die ausführende Bank zu übermitteln. Das herkömmliche DTA-File wird durch ein neues, auf XML-basierendes Zahlungsfile abgelöst. Das alte DTA-File-Format kann in einer Übergangsphase bis maximal Mitte 2018 weiter verwendet werden.

Die IBAN

Falsche oder unvollständige Kontonummern sind der Hauptgrund für Abklärungen oder gar Rückweisungen von Zahlungen. Die IBAN (International Bank Account Number) dient der einfachen Identifikation der Konto und Bankverbindung des Zahlungsempfängers. Eine Prüfziffer verhindert die Erfassung falscher oder unvollständiger Kontonummern. Weltweit haben bereits 70 Länder ihre IBAN-Struktur festgelegt. In Europa ist die IBAN bei Zahlungen in Euro (SEPA-Zahlungen) bereits heute Pflicht. Die Verwendung der IBAN wird auch in der Schweiz im Jahr 2020 obligatorisch. Daher empfiehlt es sich die Stammdaten in den Zahlungs- und Buchhaltungssystemen frühzeitig auf IBAN umzustellen.

Die QR-Rechnung ersetzt die Einzahlungsscheine

Die sieben verschiedenen Einzahlungsscheine werden



**Nicht verschlafen:
Die Umstellungsfrist läuft ab.**

abgelöst von einem digital lesbaren QR-Code, der alle Daten für die Zahlung beinhaltet. Die neue Lösung heisst QR-Rechnung und vereinfacht für Unternehmen und Konsumenten die Handhabung von Rechnungen und Überweisungen. Unternehmen können die QR-Rechnung selber drucken und der Rechnungsempfänger kann seine Zahlungen mit wenigen Klicks über ein Smartphone oder andere Lesegeräte auslösen. Alle für die Zahlung notwendigen Informationen sind auch ohne technische Hilfsmittel lesbar. Zahlungen am Postschalter oder auf dem Postweg sind nach wie vor möglich und die Daten können auch weiterhin im E-Banking manuell eingegeben werden.

E-Rechnung und Lastschriftverfahren

Immer mehr Rechnungssteller erkennen die Vorteile der E-Rechnung. Mit der steigenden Nutzung der Online Kanäle verliert das Lastschriftverfahren (LSV+/BDD) zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund wurde eine neue Lösung konzipiert, mit welcher der Abwicklungsprozess der Rechnungssteller für E-Rechnung und LSV vereinfacht wird.

EBICS

EBICS ist ein internationaler Standard im sicheren Datenaustausch von Zahlungsverkehrsdaten über das Internet zwischen Kunde und Bank. Mit EBICS können die Unternehmen Daten direkt aus ihren ERP-Systemen zu allen angeschlossenen Finanzinstituten senden und empfangen. Klären Sie mit Ihrem Software Partner, ob Sie EBICS nutzen können.

Was Sie als Rechnungssteller unternehmen müssen

Als Rechnungssteller sollten Sie mit Ihrem Software-Lieferant möglichst schnell Kontakt aufnehmen und die Umstellung auf ISO 20022 frühzeitig planen und umzusetzen. ■





WKB Hypothekarkredit, die besten Pläne Ihre Zukunft aufzubauen



Walliser
Kantonalbank

www.wkb.ch

Vertrauen schafft Nähe

